



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 24.08.2026

Der Kantonsrat hat das Postulat von GLP, SP und Grünen betreffend «Diversität beim Staatspersonal: Chancengerechtigkeit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 297/2020](#)). Der Regierungsrat legte überzeugend dar, dass für eine diskriminierungsfreie Personalpolitik auf kantonaler Ebene bereits verschiedene Massnahmen umgesetzt werden.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Auslegeordnung bezüglich Steuerabzügen bei natürlichen Personen im Kanton Zürich» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 309/2021](#)). Mit dem Vorstoss hatten SP, FDP, GLP und Grüne gefordert, die steuerlichen Mindererträge durch Steuerabzüge, welche natürlichen Personen eingeräumt werden, auszuweisen und die Wirkung dieser Abzüge darzulegen.

Der Kantonsrat hat mit 170 zu 1 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Altkantonsrätin Sonja Gehrig (GLP) betreffend «Abschaffung Unternutzungsabzug infolge nicht genutzten Wohnraums im Steuergesetz» abgelehnt ([KR-Nr. 14/2023](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 172 zu 0 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann betreffend «Bewilligung von Kreditübertragungen durch den Kantonsrat» abgelehnt ([KR-Nr. 97/2022](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 166 zu 0 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrat Marc Bochler betreffend «Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert» abgelehnt ([KR-Nr. 101/2024](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Digitale Steuererklärung – es geht noch besser» von SP, SVP, FDP, GLP, Grünen, Mitte und AL ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 246/2023](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, Weiterentwicklungen der digitalen Steuererklärung für natürliche Personen zu prüfen.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Anreiz für die Wirtschaft bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung» der FDP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 178/2023](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, aufzuzeigen, wie Unternehmen steuerlich entlastet werden können, die ihre Arbeitnehmenden bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung unterstützen.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Finanzpolitische Reserve» von FDP, SVP und Mitte ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 112/2023](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, aufzuzeigen, wie die Gewinnausschüttungen der SNB und andere Erträge, die nicht aufgrund eines staatlichen Handelns des Kantons oder der Übernahme einer Risikoposition durch den Kanton ausgeschüttet werden, einer finanzpolitischen Reserve zugeführt werden können und nicht direkt in das ordentliche Budget einfließen.

Der Kantonsrat hat das Postulat «Kantonale Empfehlung zum Teuerungsausgleich» von SVP, FDP und Mitte ohne Gegenantrag als erledigt abgeschlossen ([KR-Nr. 109/2023](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, in der kantonalen Personalverordnung

den Festsetzungszeitpunkt des Teuerungsausgleichs anzupassen und die negative Teuerung der Vorjahre zu berücksichtigen.

Der Kantonsrat hat eine Änderung der Rechnungslegungsverordnung betreffend Leasinggeschäfte mit 157 zu 12 Stimmen genehmigt ([6079](#)). Damit kann der Kanton Zürich Leasinggeschäfte weiterhin nach dem bisherigen Rechnungslegungsstandard IPSAS 13 statt nach dem neuen Standard IPSAS 43 verbuchen. Das Geschäft ist erledigt.

(nic.)